

OBERBÜRGERMEISTER

JULIAN STIPP



**Etatrede des Oberbürgermeisters
zur Einbringung des Haushalts 2024
und der mittelfristigen Finanzplanung
bis 2027 im Gemeinderat
am 18. Oktober 2023**

Sperrfrist: 18.10.2023, 17:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
verehrte Gäste, werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

1. Einleitung

Standen wir im letzten Jahr bei der Haushaltseinbringung noch unter den Nachwirkungen der Pandemie und dem Schock des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine, hat sich zumindest das aktuelle Jahr erstaunlich positiv entwickelt, was uns die finanziellen Sorgen kurzfristig etwas abgemildert hat.

Allerdings haben sich viele Rahmenbedingungen, mit denen wir umgehen müssen, nicht wesentlich verbessert. Noch immer beschäftigen uns zahlreiche sich überlagernde Krisen. Ein Ende des Kriegs in der Ukraine ist nicht in Sicht, weiterhin hohe Energiepreise, die Inflation, steigende Zinsen und herausfordernde Flüchtlingsbewegungen machen es uns nicht leicht, unsere vielfältigen kommunalen Aufgaben zu erfüllen. Hinzu kommt der Fachkräftemangel, der auch vor dem öffentlichen Dienst nicht Halt macht. Spätestens seit ein paar Tagen ist uns zudem klar, dass der Nahostkonflikt einen weiteren traurigen Höhepunkt mit sich gebracht hat.

Trotz dieser ungünstigen Rahmenbedingungen kann auf kommunaler Ebene viel bewegt werden. In den Kommunen sind wir nahe am Menschen und merken, dass sehr viele verunsichert und beunruhigt sind, weil sie nicht wissen, was auf sie zukommt und wie die Probleme gelöst werden können. Deshalb ist es wichtig miteinander ins Gespräch zu kommen und im Gespräch zu bleiben. Die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zu kennen und in politisches Handeln umzusetzen, sehe ich als eine wesentliche Aufgabe auf kommunaler Ebene. Durch den unmittelbaren Bürgerkontakt und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger profitieren wir von unterschiedlichen Ideen und Sichtweisen, die eine Stadtgesellschaft im Dialog näher zusammenrücken lässt. Dem Ziel einer partizipativen Stadtgesellschaft sind wir in den vergangenen Monaten deutlich nähergekommen. Wir werden den eingeschlagenen Kurs hierbei weiterverfolgen und hoffen weiterhin auf Ihre rege Beteiligung. Diese Potentiale stehen uns nämlich auch bei ungünstigen Rahmenbedingungen zur Verfügung und diese gilt es zum Wohl unserer Stadt zu nutzen.

2. Wirtschaftliche Ausgangslage

Die wirtschaftliche Lage ist, wie bereits erwähnt, vor allem durch den Krieg Russlands in der Ukraine und die daraus resultierenden Probleme am Energiemarkt, noch immer hohen Inflationsraten und steigenden Zinsen gekennzeichnet. Zwar hat die binnenwirtschaftliche Dynamik im Zuge wieder leicht steigender Reallöhne und einer noch immer positiven Investitionsentwicklung langsam an Fahrt aufgenommen. Aber gleichzeitig hat sich die Auslandsnachfrage im Zuge der noch schwachen weltwirtschaftlichen Entwicklung weiter eingetrübt. Die konjunkturelle Schwäche macht sich zunehmend auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Insgesamt zeigt sich der Arbeitsmarkt aber trotz der schwachen konjunkturellen Lage weitgehend stabil. Obwohl allgemein mit steigenden Insolvenzzahlen gerechnet wird, wird eine Insolvenzwelle derzeit nicht erwartet.

Für das Jahr 2023 hat die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprognose noch einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 0,4 % erwartet, nach der letzten Woche veröffentlichten Herbstprognose geht sie von einem Schrumpfen der Wirtschaftsleistung um 0,4 % aus. Für das nächste Jahr wird ein Plus von 1,3 % (bisher 1,6 %) erwartet. 2025 soll es dann zu einem Plus von 1,5 % reichen. Diese Prognose ist Basis für die Steuerschätzung Ende Oktober. Deren Auswirkungen auf den Haushaltsentwurf werden wir noch vor der Verabschiedung einarbeiten. Nach dem neuesten Ifo-Geschäftsklimaindex von September 2023 bleibt die Stimmung in der deutschen Wirtschaft weiter schlecht. Die Unternehmen waren erneut weniger zufrieden mit den laufenden Geschäften. Der Pessimismus für die kommenden Monate nahm jedoch leicht ab. Die deutsche Wirtschaft tritt derzeit auf der Stelle.

3. Allgemeine Haushaltsslage

Wir haben uns in diesem Jahr wieder zu einer frühzeitigen Haushaltseinbringung bereits im Oktober entschieden, um möglichst bald zu Beginn des kommenden Jahres auf Basis eines rechtskräftigen Haushaltplans in die Umsetzung der zahlreichen Investitionsmaßnahmen gehen zu können. Der Haushaltsplanentwurf wurde anhand der Orientierungsdaten des Landes unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten aufgestellt. Allerdings beruhen die Orientierungsdaten des Landes noch auf

der Mai-Steuerschätzung. Die Ergebnisse der Herbststeuerschätzung, die Ende Oktober stattfindet, können deshalb erst im Haushaltsberatungsverfahren einfließen, wodurch zum jetzigen Zeitpunkt noch gewisse Unsicherheiten insbesondere zur Einnahmeentwicklung der kommenden Jahre bestehen. Es ist daher davon auszugehen, dass bis zur Haushaltsverabschiedung, die für den 13. Dezember vorgesehen ist, noch Änderungen an den heute vorgelegten Zahlen vorgenommen werden müssen.

Bei den Erträgen erwarten wir ein deutliches Plus von knapp 4,3 Mio. € gegenüber dem aktuellen Jahr. Dies ist jedoch im Gegensatz zu früheren Jahren weniger auf die Zuwächse aus dem kommunalen Finanzausgleich zurückzuführen, diese steigen insgesamt um 1,2 Mio. €. Vielmehr trägt der um 2,5 Mio. € auf 16 Mio. € erhöhte Gewerbesteueransatz maßgeblich zu den Zuwächsen bei. Aufgrund der Gewerbesteuererträge des laufenden Jahres rechnen wir mit weiterhin stabilen Einnahmen auf hohem Niveau. Ohne diese Einnahmen wäre unsere Handlungsfähigkeit deutlich eingeschränkt. Ob wir es uns leisten können, die Unternehmen durch eine Senkung des Hebesatzes zu entlasten, müssen wir im Rahmen der Haushaltsberatungen entscheiden. Seitens der Verwaltung ist eine Senkung im Haushaltsentwurf jedenfalls nicht berücksichtigt, da wir bereits aufgrund bundesgesetzlicher Regelung Einbußen beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer hinnehmen müssen. Entscheidend ist, dass wir letztlich als Stadt nur einen Bruchteil der Gewerbesteuereinnahmen für uns selbst verbuchen dürfen. Dieses Wenige an Mehreinnahmen sollten wir zielgerichtet für Investitionen in einen attraktiven Gewerbe- und Wirtschaftsstandort verwenden. Über das vielfältige Engagement unserer Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings kommt bereits seit vielen Jahren ein Teil dieser Einnahmen unmittelbar den Gewerbetreibenden in Mosbach zu Gute. Daneben dienen viele Investitionen in die städtische Infrastruktur ebenfalls mittelbar den Unternehmen und als Auftraggeber einer Vielzahl von Baumaßnahmen trägt die Stadt Mosbach zur Belebung der Baukonjunktur bei. Dafür benötigen wir aber auch finanzielle Mittel.

Insgesamt weist der Haushaltsplanentwurf Gesamterträge von 80,7 Mio. € aus und wir überschreiten damit auf der Ertragsseite zum ersten Mal die Schwelle von 80 Mio. €.

Leider gehen auch an uns Inflation, Energiekrise und steigende Zinsen nicht vorbei, was in vielen Bereichen mit höheren Aufwendungen verbunden ist. Der erzielte Tarifabschluss stärkt die Attraktivität des öffentlichen Dienstes, belastet aber gleichzeitig die angespannten kommunalen Haushalte.

Hinzu kommt die Aufgabe der Unterbringung von Geflüchteten und deren Integration, die wieder verstärkt unsere Aufmerksamkeit und den Einsatz von Personal und Ressourcen verlangt. Dies gilt auch für weitere Aufgabenzuwächse, die Personalmehrbedarf auslösen und sich in einer deutlichen Erhöhung unserer Personalaufwendungen niederschlagen.

Nach wie vor gibt es große Instandhaltungsrückstände bei unserer kommunalen Infrastruktur, die es sukzessive abzubauen gilt. Auch dafür sind beträchtliche Summen erforderlich, die aber mit den damit verbundenen energetischen Verbesserungen im Sinne des Klimaschutzes gut angelegt sind.

Auch bei der Kreisumlage müssen wir mit einer deutlichen Steigerung des Hebesatzes rechnen.

Daher steigen unsere Aufwendungen ebenfalls deutlich um 3,1 Mio. € auf insgesamt 79,5 Mio. €. Nach derzeitigem Stand erreichen wir damit ein positives ordentliches Ergebnis von knapp 1,2 Mio. € im Ergebnishaushalt.

Veränderungen der Hebesätze bei der Grundsteuer, ebenso wie bereits erläutert bei der Gewerbesteuer, sind im kommenden Jahr nach diesem Haushaltsentwurf nicht vorgesehen. Sollte hierfür Beratungsbedarf von Ihnen angemeldet werden, bitten wir Sie um Vorschläge zur Gegenfinanzierung.

Dafür wird es eine Entlastung der Gebührenzahler bei der Abwassergebühr geben können. In der Novembersitzung des Gemeinderats werden wir eine Senkung der Niederschlagswassergebühr um 3 Cent auf 0,59 € je Quadratmeter befestigter Fläche und der Schmutzwassergebühr um 11 Cent auf 2,65 € je Kubikmeter Abwasser vorschlagen.

Aktuell profitieren wir noch von den sehr guten Ergebnissen der vergangenen, insbesondere Vor-Corona-Jahren, aber auch des laufenden Jahres, sodass wir sowohl

über Ergebnisrücklagen als auch über ausreichend liquide Mittel verfügen, die es uns ermöglichen, keine wesentlichen Einschnitte bei unseren laufenden Aufwendungen vornehmen zu müssen. Sollte es aber nicht gelingen, künftig deutlich bessere Ergebnisse zu erzielen, wird unsere Investitions- und damit auch die Zukunftsfähigkeit deutlich eingeschränkt werden. Fast durchgängig negative Nettoinvestitionsraten im Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung verdeutlichen, dass wir derzeit nicht in der Lage sind, unsere Tilgung aus dem Ergebnishaushalt zu erwirtschaften, geschweige denn Mittel für Investitionen zu generieren.

Im kommenden Jahr setzt die Stadt Mosbach ihre Investitionstätigkeit trotzdem weiter auf hohem Niveau fort. Die begonnenen Großprojekte werden planmäßig zum Abschluss gebracht und gleichzeitig werden auch neue Maßnahmen in Angriff genommen.

Im Finanzhaushalt sind alles in allem Bruttoinvestitionen von 16,2 Mio. € geplant und damit 0,6 Mio. € mehr als nach der diesjährigen Finanzplanung für 2024 vorgesehen waren. Dabei handelt es sich um ein ambitioniertes Programm, das in dieser Form nur dann auch umgesetzt werden kann, wenn sich die Kapazitätsprobleme der vergangenen Jahre bei materiellen und personellen Ressourcen deutlich reduzieren. Sollte dies nicht so eintreten, muss abermals mit beträchtlichen Überträgen aufgrund verzögerter Abwicklung gerechnet werden. Mit dieser Problematik befinden wir uns zwar in guter Gesellschaft, unbefriedigend ist das trotzdem, da viele dieser Investitionen ja dringend notwendig wären. Lassen Sie uns deshalb bitte mit einem klaren Fokus auf den kommenden Haushalt schauen. Ambitioniert in der Sache, aber mit dem notwendigen Realismus. Gerade in Anbetracht der Tatsache, dass es sich um den letzten Haushalt der aktuellen Wahlperiode des Gemeinderates handelt, sollte dafür sensibel machen, dass man in der mittelfristigen Finanzplanung auch dem künftigen Gremium die Chance gibt, eigene politische Schwerpunkte zu gestalten.

An Zuschüssen und Kostenersätzen sowie Vermögensveräußerungen werden 4,2 Mio. € erwartet. Ein Großteil der Investitionsausgaben geht zu Lasten von Fortsetzungsmaßnahmen. Zur Finanzierung dieser Investitionen benötigen wir eine Kreditaufnahme von 5 Mio. €, was unsere bereits verhältnismäßig hohe Verschuldung weiter erhöhen wird.

In den vergangenen Jahren haben die Zinsen für neu aufgenommene Kredite kaum eine Rolle in unserem Haushalt gespielt, das hat sich zwischenzeitlich deutlich geändert. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung erwarten wir weithin hohe Investitionsausgaben zum Erhalt und der Verbesserung unserer Infrastruktur und eine weiter steigende Verschuldung. Der Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur sollte aus meiner Sicht Vorrang vor Steuersenkungen haben, deren Effekt ohnehin in der Regel schnell verpufft.

4. Einzelthemen

Nach diesem allgemeinen Überblick komme ich nun zu aktuellen Einzelthemen.

4.1 Personal

Dem allgemeinen Trend folgend, werden die Personalaufwendungen im kommenden Jahr weiter deutlich ansteigen. Sie erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 1,6 Mio. € (+ 8,1 %) auf insgesamt 21,9 Mio. €.

Der Anstieg der Personalaufwendungen entsteht zum Großteil durch den hohen Tarifabschluss bei den TVöD-Beschäftigten. So erhöhen sich die Entgelte der Tarifbeschäftigten ab März des kommenden Jahres um 200 Euro und anschließend um 5,5 %, mindestens aber um 340 Euro im Monat. Dies entspricht in den unteren bis mittleren Entgeltgruppen einer Steigerung von über 10 % gegenüber dem Jahr 2022. Hierdurch konnte insgesamt eine Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes erreicht werden. Wir hoffen, dass sich dies auch bei der Personalgewinnung bemerkbar machen wird, die künftig eine ganz entscheidende Rolle spielen wird und darüber entscheidet, ob es gelingt, öffentliche Daseinsvorsorge auf hohem Niveau zu garantieren.

Ein weiterer Anteil an den Erhöhungen der Personalaufwendungen ist auf die Schaffung von neuen Planstellen im Umfang von 8,67 Stellen zurückzuführen. Neue Planstellen sind u.a. im Bereich der Kernverwaltung sowie beim Bauhof vorgesehen. Hierunter fallen Stellen, die auch dafür sorgen sollen, dass wir uns als Stadtverwaltung zukunftsgerichtet aufstellen. So soll unter anderem künftig im Bereich der Altstadt ein Innenstadtkümmerner die derzeit überall spürbaren Umbrüche aktiv mitgestalten. Unser Ziel ist es, noch schneller und intensiver am Puls der Zeit zu sein.

Sollte es sinnvolle Möglichkeiten der Stellenreduzierung geben, werden wir diese ebenso wie alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um beispielsweise Zuschüsse aus Förderprogrammen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene zu genießen.

4.2 Infrastruktur für Bildung und Betreuung

Die Schulsanierung und -erneuerung ist ein Dauerbrenner und verursacht enorme Kosten. Dennoch sehen wir gerade Investitionen in die Jüngsten unserer Gesellschaft als wichtige Zukunftsaufgabe.

Die **Pestalozzi-Realschule** ist immer noch die größte Baustelle der Stadt Mosbach. Insgesamt fast 16 Mio. € kostet die in den Jahren 2020 bis 2024 vorgesehene Sanierung in zwei Bauabschnitten. Sowohl die Innenräume als auch die Fassade werden energetisch ertüchtigt und neu konzipiert. Gefördert wird das Großprojekt mit Landesmitteln in Höhe von bereits zugesagten rund 4 Mio.€. Im kommenden Jahr werden die baulichen Aktivitäten abgeschlossen und 2025 beziehen die Schülerinnen und Schüler das neue, flächendeckend digitalisierte Gebäude nach „Klimaschutz Plus“-Standard. Neben den reinen Sanierungsmaßnahmen werden auch im Bereich der Fachraumausstattung bzw. im Bereich des Gebäudezugangs Maßnahmen erforderlich, die zusammen mit weiteren 1,7 Mio. € im Haushalt bzw. der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen sind.

Der Neubau der **Turnhalle in der Waldstadt** wurde in den letzten Monaten intensiv vorbereitet. Im Rahmen einer Bürgerbeteiligung wurden Eckpfeiler für ein neues Waldstadtzentrum „von uns - für uns“ ausgelotet. Der geförderte Prozess, die Ergebnisse und das weitere Vorgehen sind für jeden einsehbar auf der Homepage der Stadtverwaltung dokumentiert.

Unterschiedliche Nutzungsideen und der Quartiersgedanke sollen neben dem reinen Schulsport ebenso Berücksichtigung finden wie die bautechnischen Anforderungen nach heutigem und absehbar künftigem Standard. Stichworte, die hier zu nennen wären, sind CO₂-Neutralität und Nachhaltigkeit. Basierend auf den erzielten Ergebnissen und den daraus resultierenden Anforderungen ist es geplant, die konkreten Aufgabenstellungen weiter zu definieren und letztlich ein Wettbewerbsverfahren für den Neubau durchzuführen.

Eine bereits abgeschlossene europaweite Ausschreibung für die Planung des **Kindercampus Lohrbach** legt den Grundstein für den Projektstart an der kleinsten Grundschule im Stadtgebiet. In Lohrbach wird ein Kindercampus mit Grundschule und Kindergarten für geschätzte 6,2 Mio. € entstehen.

Begleitet von der heute durch Sie beschlossenen Schulentwicklungsplanung wird die Sanierung und Anpassung des vorhandenen Gebäudes aus den 60er Jahren und der Anbau des Kindergartens die nächste Großbaustelle. Multifunktionale Nutzung und Synergien auszuschöpfen ist das Gebot der Stunde und soll hier im Stadtteil Lohrbach in die Praxis umgesetzt werden. Ziel ist es, flexibel auf die Anforderungen der Bildungsbereiche vom Kleinkindbereich bis zum Ende der Primarstufe reagieren zu können und dem Pflichtauftrag der Ganztagesbetreuung auch im ländlichen Raum bedarfsgerecht entgegen zu kommen.

Kinderbetreuung

Große Bedarfe sind gerade auch bei der Nachfrage an Kinderbetreuungsplätzen zu verzeichnen. Da die Kindertageseinrichtungen in der Mehrheit in Liegenschaften der jeweiligen Träger untergebracht sind, werden die Investitionsmaßnahmen durch die Stadtverwaltung intensiv begleitet und mit einem Baukostenzuschuss in Höhe von 80 % der anerkannten Baukosten gefördert.

Konkret entstehen im Bergfeld am katholischen **Kindergarten Maria Königin** für rd. 1,7 Mio. € zwei weitere Gruppen im U3-Bereich. Baulich bereits abgeschlossen ist der Neubau des evangelischen **Kindertageseinrichtung „NeckarArche“ Neckarelz**. Auch an diesem Standort wurden im Zuge des Neubaus eine weitere U3-Gruppe eingerichtet und zu 100 % durch die Stadt finanziert, dafür ist im Haushaltsentwurf noch eine Restsumme von 0,5 Mio. € enthalten.

Weiterhin verfolgen wir das klare Ziel einen **Kindergarten im Elzpark** zu errichten. Dass dieser Standort für einen Naturkindergarten gut geeignet ist, hat die kürzlich vorgestellte Machbarkeitsstudie bestätigt. So könnte hier die Betreuung von 60 Kindern erfolgen, wobei die Verbindung zur Natur und der Lebenswirklichkeit die pädagogische Grundlage bilden. In den kommenden Wochen werden wir uns deshalb mit

der Johannes-Diakonie austauschen, um die Möglichkeiten der Umsetzung zu erörtern.

4.3 Weitere städtische Infrastruktur und Klimaneutralität

Sämtliche Maßnahmen der kommenden Jahre müssen unter dem Aspekt der Klimaneutralität beleuchtet werden. Die Stadt ist bereit, bei der Klimawende Verantwortung in ihren jeweiligen Liegenschaften und der Schaffung von entsprechender Infrastruktur zu übernehmen.

ÖPNV

Der 2018 wegen gesetzlicher Anforderungen zur Barrierefreiheit begonnene Umbau von Bushaltestellen wird auch in 2024 fortgesetzt. Vorgesehen sind weitere neun Haltestellen im Stadtgebiet. Dafür sind im Finanzhaushalt 300.000 € veranschlagt, aus Zuschüssen des Landes werden Einnahmen in Höhe von 200.000 € erwartet. Auch in den Folgejahren sind insgesamt noch 58 Haltestellen barrierefrei umzubauen, deshalb sind in der Finanzplanung entsprechende Ansätze vorgesehen.

Ein zusätzliches Car-Sharing-Angebot am Bahnhof in Neckarelz soll die sogenannte Intermodalität der Verkehrsträger, also deren bessere Vernetzung, fördern.

Straßen und Radwege

Im Ergebnishaushalt 2024 sind für die Straßenunterhaltung 1,4 Mio. € und damit 100.000 € weniger als im laufenden Jahr vorgesehen.

Der Ansatz für die Straßenerneuerung im Finanzhaushalt beläuft sich auf 1,3 Mio. € (plus 300.000 €). Vorgesehen sind u. a. dringende Maßnahmen in der Straße „Am Henschelberg“, in der Donauschwabenstraße, der Forststraße und im Lohrtalweg.

Für die Radwege im Stadtgebiet sind im Finanzhaushalt 100.000 € zur Umsetzung von Maßnahmen veranschlagt, die aus der Fortschreibung des Radverkehrskonzepts resultieren.

Wichtig ist, dass wir nicht einen „Kulturkampf“ zwischen den einzelnen Verkehrsmitteln führen. Vielmehr soll das jeweils passende Verkehrsmittel dort zum Einsatz kommen, wo es Sinn macht. Klar ist aber, dass die autogerechte Stadt ein Modell der Vergangenheit ist. Wir brauchen mehr Vielfalt der Verkehrsträger, insbesondere als Alternative zum Zweit- oder Drittfahrzeug.

Abwasserbeseitigung/Kanäle

Für den Unterhalt des städtischen Kanalnetzes sind im Ergebnishaushalt wiederum 850.000 € eingestellt, die für Maßnahmen im Zuge der Eigenkontrollverordnung eingesetzt werden.

Im Finanzhaushalt beträgt der Ansatz für die Erneuerung von Kanälen 1,55 Mio. €. Die Kanalsanierungen in Mosbach und Neckarelz stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit den bereits genannten Straßenerneuerungsmaßnahmen.

Sanierungsgebiet „Innenstadt“

Sanierungsgebiete sind ein Erfolgsmodell unserer Stadt. Nur Dank großzügigerer Förderung und viel privatem Herzblut ist die historische Altstadt ein attraktives Gesamtensemble. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die noch wenig sanierten Objekte im Rahmen des Sanierungsgebietes „Innenstadt“ doch noch eine neue Blüte erleben würden. Dies gilt insbesondere für Objekte an prominent gelegenen Plätzen, deren Erscheinungsbild sich ohne private Mitwirkung nicht verbessern wird.

Im Sanierungsgebiet „Innenstadt“ werden weiterhin private Maßnahmen bezuschusst. Entsprechende Bautätigkeiten werden auf Grund von bereits abgeschlossenen Modernisierungsverträgen in 2024 stattfinden. Ein nicht unerheblicher Teil der Mittel aus dem Sanierungstopf ist für die Modernisierungsmaßnahmen im Dachgeschoss des historischen Rathauses vorgesehen.

Der Zeitraum für die Sanierung „Innenstadt“ endet nach der bereits bewilligten Verlängerung am 30.04.2025. Nach Rücksprache mit dem Regierungspräsidium wäre eine weitere Verlängerung denkbar, evtl. räumlich begrenzt auf den Bereich historisches Rathaus / Verwaltungsbau.

Ein Veränderungsprozess von besonderer Tragweite steuert auf die kommunalen Verwaltungen zu. Schlagworte sind Online-Services und Fachkräftemangel, aber auch die zum Teil durch die Pandemie bedingten Veränderungen unserer Arbeitsweise z.B. durch Homeoffice. Auch der Zuwachs an Mitarbeitenden durch vermehrte Arbeit in der Krisenbewältigung verändert den Flächenbedarf innerhalb der über Jahrzehnte gewachsenen Gebäudestrukturen.

In einem umfangreichen Beteiligungsprozess, begleitet durch ein Beratungsbüro, wurde der Bedarf der Mitarbeitenden ermittelt und bis 2028 prognostiziert.

Wichtige Ziele, wie die Barrierefreiheit und der digitale Ausbau, wurden zu Prämissen einer Neukonzeption festgeschrieben.

Die Stadtverwaltung zukunftsfähig aufzustellen ist ein großes Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen, sind viele unterschiedliche Schritte erforderlich. Ein Baustein ist die grundlegende Sanierung der Gebäude, besonders derer auf dem Rathausareal in der historischen Altstadt. Aktuelle Ansprüche an eine klimaangepasste Bauweise, Belange des Denkmalschutzes und die Schaffung von Arbeitsorten, an denen Menschen gute Rahmenbedingungen für gute Arbeit haben, sind weitere Leitplanken für die Gebäudeplanung.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Stadt weiterhin eine attraktive Arbeitgeberin bleiben möchte. Mit dem derzeitigen räumlichen Angebot ist dies nicht zu gewährleisten. Es ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Ich bin Ihnen deshalb als Gemeinderat sehr dankbar, dass Sie uns ermöglicht haben, Schritte für eine bessere räumliche Unterbringung einzuleiten.

Im Haushalt 2024 sind Mittel für weitere Maßnahmen der Vorplanung mit dem Ziel Gesamtsanierung eingestellt. Für die Umsetzung sind weitere Ansätze in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten.

Sanierungsgebiet „Obertor“

Für das geplante Sanierungsverfahren Obertor wurde im November 2022 ein Neuantrag zur Aufnahme ins Städtebauförderungsprogramm des Landes Baden-Württemberg gestellt. Die Entscheidung seitens des Landes bezüglich der Neuaufnahme ist im Frühjahr 2023 mit Bewilligung eines Zuwendungsbetrags von 1,8 Mio. € erfolgt.

Das Areal des Obertorzentrums konnte die Stadt mittlerweile erwerben. Die Landesförderung dazu wird in 2024 erwartet und ist entsprechend im Haushaltsplanentwurf veranschlagt. Die Ordnungsmaßnahmen auf dem Gelände (Gebäudeabbruch zur Baureifmachung) sollen in 2025 erfolgen und sind in der Finanzplanung mit 1,7 Mio. € vorgesehen, ebenso die Förderung durch das Land in Höhe von 60 % der zuwendungsfähigen Kosten. Zur Vorbereitung der Ordnungsmaßnahmen enthält der Haushaltsplanentwurf im kommenden Jahr einen Ansatz von 350.000 €

An dieser prominenten Stelle unserer Stadt sind wir nun in der Lage eine städtebaulich zukunftsweisende Entwicklung voranzubringen. Bevorzugtes Ziel ist weiterhin die Entwicklung der Dualen Hochschule mit einem Baukompetenzzentrum zu stärken und den innerstädtischen Campus weiter zu entwickeln. Hierfür erwarte ich nun alsbald ein klares Bekenntnis des Landes zum Hochschulstandort Mosbach und dem überregional anerkannten Kompetenz-Cluster der Hochschule in baulichen Studiengängen.

Stadtpark und Kneippanlage Lohrbach

Die Lebensqualität der Gesamtstadt hängt nicht zuletzt davon ab, welche Freizeitmöglichkeiten bestehen. Grünflächen spielen hierbei eine wichtige Rolle; wir haben deshalb in den vergangenen Wochen einen Prozess zur Zukunft des Stadtparks mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie Sachverständigen begonnen. Der Zuspruch der Bürgerschaft war enorm und hat gezeigt, dass die Menschen sich an der Zukunft ihres Stadtparkes beteiligen möchten. Die Ergebnisse werden in eine Konzeption einfließen, die in den kommenden Jahren nach und nach umgesetzt werden soll. Entsprechende Mittel werden ermittelt und dann in künftigen Haushaltsplanungen berücksichtigt.

Auch die Kneippanlage in Lohrbach bedarf einer grundlegenden Erneuerung. Deshalb wurde 2023 eine Planung durch ein Fachbüro erstellt. Im Haushaltsentwurf 2024 sind die Baukosten mit 100.000 € veranschlagt. Für die Maßnahme soll ein Zuschussantrag auf LEADER-Förderung gestellt werden, dafür sind Einnahmen von 50.000 € eingestellt.

4.4 Feuerwehr

Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger ist es wichtig, eine gut ausgebildete und bedarfsgerecht ausgestattete Feuerwehr vorzuhalten. Zu diesem Zweck wurde 2020 ein Feuerwehrbedarfsplan für die Feuerwehr Mosbach erstellt. Dieser dient dazu, alle Gefahrenpotenziale zu erfassen und eine angemessene Ausstattung für die Feuerwehr zu beschaffen. Für das Haushaltsjahr 2024 sind folgende Maßnahmen geplant:

Abteilung Mosbach Stadt

Bei der Feuerwehr Mosbach soll ein Tanklöschfahrzeug aus dem Jahr 1997 ersetzt werden. Dafür ist eine Verpflichtungsermächtigung über 750.000 € eingeplant. Die tatsächliche Auslieferung ist dann für das Jahr 2026 vorgesehen.

Abteilung Neckarelz-Diedesheim:

Auch für den Ersatz eines Löschgruppenfahrzeugs LF 16 der Abteilung Neckarelz-Diedesheim ist eine Verpflichtungsermächtigung über 750.000 € zur Vorbereitung der Beschaffung im Haushaltsentwurf enthalten.

Abteilung Reichenbuch:

Das zurzeit älteste Feuerwehrgerätehaus mit dem Baujahr 1985 steht in Reichenbuch. Im Zuge der Aktualisierung des Feuerwehrbedarfsplanes wurden erhebliche Mängel am Gebäude festgestellt. Eine Sanierung und Erweiterung des Gebäudes ist aus baulicher Sicht nicht möglich. In verschiedenen Gesprächen wurde der neue Standort festgelegt und das Bebauungsplanverfahren eingeleitet.

Im Jahr 2024 wird die Planung und Ausschreibung zur Realisierung des Vorhabens Hauptaufgabe sein. Hierdurch wird die öffentliche Infrastruktur in Reichenbuch nochmals deutlich gestärkt und der Reichenbacher Abteilungswehr ein zukunftsfähiges Zuhause zur Verfügung gestellt.

Abteilung Sattelbach:

Grund für die Stationierung eines Gerätewagens Logistik für den Katastrophenschutz (GwLKatS) in Sattelbach ist die mangelnde Löschwasserversorgung in den ersten, oft entscheidenden Einsatzminuten. Mit diesem Fahrzeug sind in kürzester Zeit 4.000 Liter Löschwasser am Einsatzort. Außerdem verfügt die Abteilung Sattelbach über eine entsprechende Mannschaftsstärke, um dieses Fahrzeug vollumfänglich zum Einsatz zu bringen. Für die Unterbringung dieses Fahrzeuges sind in der mittelfristigen Finanzplanung 270.000 € enthalten. Derzeit geht es darum, den idealen Standort zu ermitteln.

Abteilung Lohrbach:

Bereits im laufenden Haushaltsjahr war eine Verpflichtungsermächtigung zur Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeugs der Abteilung Lohrbach LF 10/6 enthalten. Der aktuelle Haushaltsentwurf sieht dafür nun die Mittel von 250.000 € im nächsten und 450.000 € im übernächsten Jahr vor. Ein Zuschuss aus Landesmitteln über 96.000 € ist für 2025 eingeplant.

Dieser Punkt meiner Haushaltrede gibt mir nun die Gelegenheit, allen Feuerwehrfrauen und –männern für ihren unermüdlichen Einsatz zu danken. Als Teil der Blaulicht-Familie wissen wir unsere Sicherheit durch Sie in guten Händen.

5. Stiftung Hospitalfonds

Der Haushalt der Stiftung Hospitalfonds weist ein positives ordentliches Ergebnis von 12 T€ aus. Dadurch wird ein Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 43 T€ erwartet, der deutlich ausreicht, um die ordentlichen Tilgungen von 7 T€ aus laufender Rechnung zu begleichen.

Die Übergabe des Pfalzgrafenstifts an den neuen Eigentümer ist nach Umzug der Bewohner in das neu errichtete Seniorenzentrum der Johannes-Diakonie im Frühjahr 2024 vorgesehen. Dann fließt der Stiftung auch der Kaufpreis zu.

Die Verwendung des Verkaufserlöses für Stiftungszwecke wird erst in einigen Jahren erfolgen, darf aber schon jetzt nicht aus dem Blick verloren werden.

6. Schluss

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, verehrte Zuhörer,

ich habe Ihnen gerade einige der wichtigsten Vorhaben und deren Finanzierung für das kommende Haushaltsjahr erläutert. Bereits das ist ein durchaus ambitioniertes Programm. Daneben arbeitet die Verwaltung an ganz vielen weiteren Aufgaben z.B. im kulturellen, sportlichen und touristischen Bereich zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Besucher. Die Innenstadtentwicklung liegt uns sehr am Herzen, dafür setzt sich unser Stadtmarketing regelmäßig mit tollen Aktionen ein, die Kundinnen und Kunden in die Stadt locken. Der Mosbacher Sommer ist und bleibt ein herausragendes Aushängeschild für den Kulturstandort Mosbach.

Der vor wenigen Monaten beschlossene Integrationsplan ist die Basis für ein gutes Miteinander und die Teilhabe im gesamten Stadtgebiet mit allen Bevölkerungsgruppen. Hier gehen wir Schritt für Schritt in die Umsetzung. Ein im Rahmen der Akteursbeteiligung entwickelter Teilaspekt des Integrationsplans ist die Quartiersentwicklung. Als Einstieg für dieses Thema haben wir Nüstenbach ausgewählt. Nicht, weil wir dort die größten Probleme sehen, sondern weil wir aufgrund des Engagements der Nüstenbacherinnen und Nüstenbacher großes Potential für ein Gelingen des auch für unsere Verwaltung neuen Handlungsfelds sehen. Gerade in der Quartiersarbeit liegt die große Chance, gemeinsam mit andere Akteuren eine sogenannte „Caring-Community“ zu schaffen. Ziel ist es hierbei, eine Stadtgesellschaft zu fördern, in der eine Kultur des gegenseitigen Kümmerns herrscht.

Bei der Erarbeitung des Notfall- und Krisenplans machen wir Fortschritte, was angesichts gefühlt näher rückender Katastrophenfälle dringend erforderlich erscheint. Um dafür künftig besser gerüstet zu sein, arbeiten wir mit externer Unterstützung an Szenarien zur Krisenbewältigung. Gerade angesichts des Klimawandels, aber auch geopolitischer Veränderungen, müssen wir uns mehr und mehr auf solche Risiken einstellen.

Der Klimawandel hat sich gerade im vergangenen Monat mit historischen Höchsttemperaturen erneut in unserem Bewusstsein bemerkbar gemacht. Wir werden deshalb unsere Anstrengungen für eine klimaneutrale Zukunftsentwicklung verstärken.

Glücklicherweise können wir die lange Zeit vakante Stelle einer Klimaschutzmanagerin im nächsten Jahr endlich besetzen, wodurch wir uns in diesem Bereich weitere positive Impulse versprechen.

Im Rahmen der heute vorgestellten kommunalen Wärmeplanung gilt es weitere Schritte hin zu einer klimaschonenderen Wärmeversorgung unserer Gebäude zu gehen. Dabei haben wir bei unserer eigenen Infrastruktur natürlich die größten Einflussmöglichkeiten und müssen hier weitere Anstrengungen unternehmen. Dies wird eine wesentliche Aufgabe in den kommenden Jahren, die uns große Kraftanstrengungen abverlangen wird. Dafür werden wir auch eine Menge Geld benötigen, welches angesichts schwächelnder Konjunktur wieder deutlich knapper werden könnte. Deshalb müssen wir auch unsere Verschuldung im Blick behalten, immer neue Schulden, die künftige Generationen belasten, können nicht die alleinige Lösung sein. Wir müssen auch unsere eigenen Einnahmemöglichkeiten ausnutzen, dazu gehören angemessene Steuern, Gebühren und Beiträge, die diejenigen belasten, die auch den Nutzen aus den Leistungen und der Infrastruktur haben, die wir bereitstellen.

Bei einem weiteren wichtigen Thema der Bereitstellung von Wohnraum sind die Rahmenbedingungen gerade wegen der steigenden Zinsen aktuell nicht sehr günstig, allgemeine Zurückhaltung im Hinblick auf Investitionen im Wohnungsbau bemerken wir auch bei uns. Gerade die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und vielfältigeren Wohntypologien ist nach wie vor eine drängende Aufgabe, an der auch die Zinswende nichts geändert hat. Wo sich Potenziale bieten, müssen wir hierfür mit Projektpartnern ins Gespräch kommen. Gleichzeitig sind einige Entwicklungen in Vorbereitung, die zeitnah umgesetzt werden können, wenn die aktuellen Unsicherheiten ausgeräumt sind. Wir hoffen, dass die Bundes- und Landespolitik Maßnahmen ergreift, die hier eine Trendwende bewirken und neuen Schwung in den Wohnungsbau bringen.

Für all diese Vorhaben sind solide Finanzen eine zwingende Voraussetzung, daher ist eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik notwendig, um auch künftig die vielfältigen kommunalen Aufgaben in einem ausgewogenen Verhältnis abbilden zu können.

Abschließend bedanke ich mich bei unserer Kämmerin Frau Bansbach-Edelmann und Ihrem Team sowie bei allen anderen Mitarbeitenden für das konstruktive und kollegiale Vorgehen bei der Aufstellung des Gemeinschaftswerkes Haushalt.

Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen aller städtischen Einrichtungen als auch der Tochtergesellschaften, möchte ich auch deshalb besonders danken, weil Sie sowohl Herrn Bürgermeister Rickenbrot als auch mir im vergangenen Jahr viel Vertrauensvorschuss mit auf den Weg gegeben haben. Gerade die Fragen zur Organisationsreform waren auch mit unterschiedlichen Sichtweisen und Vorstellungen verbunden. Dass die letztlich vom Gemeinderat beschlossene Neuabgrenzung der Geschäftskreise als auch Umstrukturierungen in Tochtergesellschaften von Ihnen loyal mitgetragen wird, ist Ausdruck Ihrer Professionalität und des gemeinsamen Willens, die Stadt zukunftsgerecht zu gestalten.

Ihnen, den Damen und Herren des Gemeinderates, damit verbunden allen Ehrenamtlichen in unserer Stadt, meinen allerherzlichsten Dank für Ihre unermüdliche Arbeit für unser Gemeinwohl. Ich freue mich auf die anstehenden Haushaltsberatungen als auch die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen. Dabei können unterschiedliche Sichtweisen bereichernd sein. Der offene Diskurs ist zwingender Bestandteil unserer Demokratie.

Ohne Ehrenamt ist kein Staat und schon gar keine Stadt zu machen. Es ist eine schöne Erfahrung, wenn man sieht, wie Menschen in unterschiedlichen Vereinen, Organisationen, den Kirchen oder als Einzelperson selbstlos für andere da sind. Ein Zeichen, das mir stets Hoffnung macht und zeigt, dass unsere Gesellschaft trotz unterschiedlichster Herausforderungen funktioniert.

Im Anschluss an die Ausführungen von Frau Bansbach-Edelmann übergebe ich Ihnen den Haushaltsentwurf, wie bei uns üblich ohne weitere Aussprache, zur Beratung in den Gremien.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!